

Luxus Wohnen

PARITÄTISCHE Mitgliedsorganisationen bieten vielfältige Unterstützung für wohnungslose Menschen an. Doch nach der Zeit im Übergangwohnheim wieder in eine eigene Bleibe zu wechseln, wird für Betroffene immer schwieriger.



Die Sozialberatung Dreieich unterstützt Menschen ohne Bleibe. Foto: Reiner Strack

Einen festen Wohnsitz hatte Theresa W. (Name geändert) eigentlich schon als Kind nicht. Immer wieder wechselte sie zwischen Mutter, Oma und Tante hin und her. Heimisch war sie nirgends. „Irgendwann hat mir meine Tante gesagt, ich solle meine Sachen

packen.“ Über Wochen und Monate schlüpfte sie danach bei Freundinnen unter. „Das war ein beschämendes Gefühl“, sagt die junge Frau.

Ordnungsämter in diversen Kommunen und Kreisen erklärten sich für

nicht zuständig. Von der Polizei wurde die 19-Jährige schließlich an den Verein Horizont verwiesen, der in Dieburg das Frauenwohnheim Notwaende betreibt. Seit einigen Monaten lebt sie nun dort und ist froh über die Unterstützung, die sie bekommt: „Ich war in einer stationären Therapie und plane jetzt meine weitere Ausbildung. In einer eigenen Wohnung hätte ich meine Probleme nicht so leicht angehen können.“

Elf Frauen in besonderen sozialen Notlagen können in der Notwaende betreut werden. Hessenweit einmalig ist dabei, dass auch Frauen mit ihren Kindern aufgenommen werden können. „Wir sind immer voll belegt, haben oft eine Wartezeit von bis zu drei Monaten“, berichtet Dorothea Köhler, die Leiterin der Einrichtung. „Für Frauen, die bereits obdachlos sind oder akut von Obdachlosigkeit bedroht sind, ist das viel zu lang.“ Von Behörden würden sie oft in Notunterkünfte geschickt, in denen überwiegend Männer untergebracht sind. Für Frauen und Kinder gebe es dort keine Rückzugsmöglichkeiten. „80 bis 90 Prozent der Frauen haben Gewalt und Missbrauch hinter sich“, erläutert Katja Wolf, Sozialpädagogin beim Verein Horizont. „In gemischten Unterkünften drohen ihnen neue Gewalterfahrungen.“ Zudem fehle es dort an Unterstützung und Krisenintervention.

Um Frauen in extremen Krisensituationen rasch Hilfe anbieten zu können,



Dorothea Köhler (links) und Katja Wolf vom Team des Vereins Horizont.
Foto: Barbara Helfrich

hat der Verein vor wenigen Monaten in Dieburgs Nachbargemeinde Münster eine Wohnung eingerichtet, in der Kommunen aus dem gesamten Kreis obdachlose Frauen unterbringen können: „Das ist ein niedrigschwelligeres Angebot als die Notwaende“, erklärt Ulrich Freitag, Geschäftsführer des Vereins Horizont, der Träger zahlreicher Angebote für obdachlose Menschen in Darmstadt und im Landkreis Darmstadt-Dieburg ist.

Die Notwaende ist eigentlich als Übergangsstation gedacht. Spätestens nach zwei Jahren sollen die Frauen in eine eigene Wohnung umziehen. „Aber bezahlbare Wohnungen zu finden ist so schwer wie nie zuvor“, beklagt Einrichtungsleiterin Dorothea Köhler: „Das führt bei uns zu einem Rückstau, die Wartezeiten werden länger.“

280.000 Sozialwohnungen fehlen in Hessen laut dem Hessischen Wohnraumbündnis, einem Zusammenschluss von Mieterbund, Deutschem Gewerkschaftsbund und Studierendenvertretungen aus mehreren Städten. „Seit Jahren fallen immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung, ohne dass Ersatz geschaffen wird. Somit können nicht einmal ein Drittel aller bedürftigen Haushalte in Hessen mit einer Sozialwohnung versorgt werden“, so das Wohnraumbündnis. „Be-

zahlbarer Wohnraum fehlt vorwiegend in Südhessen, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet und den Großstädten. Aber auch Gießen, Marburg, Kassel und Fulda leiden unter einem akuten Mangel.“ In Frankfurt müssen einkommensschwache Familien nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung jeden zweiten Euro für die Miete ausgeben. Und sie können sich in der Finanzmetropole nur jede hundertste Wohnung leisten, die auf dem freien Wohnungsmarkt angeboten wird.

Die Mieten steigen weiter und die Wohnungslosenzahlen auch. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe schätzt, dass bundesweit derzeit rund 256.000 Menschen wohnungslos sind, rund 50.000 mehr als noch vor fünf Jahren. Für die kommenden zwei Jahre prognostiziert sie einen weiteren Anstieg auf etwa 280.000 Menschen.

Schulden, Scheidung und Tod seien einige der Gründe, warum Menschen ihre Wohnung verlieren, sagt Maria Holzenthal, Leiterin der Sozialberatung Dreieich, einer Einrichtung der Paritätischen Projekte, einer Tochtergesellschaft des PARITÄTISCHEN Hessen. „Wir haben einige Männer, deren Partnerinnen und Kinder tödlich verunglückt sind.“ Zudem gibt es eine Zunahme von Einwanderern aus ost-

europäischen Staaten, die ohne Bleibe und Versorgung sind.

Fast ausschließlich Männer nutzen das Angebot der Sozialberatung Dreieich, zu dem ambulante Wohnungslosenhilfe, Betreutes Wohnen sowie eine Tagesaufenthaltsstätte und eine Fachberatungsstelle gehören. Hinzu kommt das Sozialkaufhaus Dreieich, das seit elf Jahren Menschen in besonderen Lebenslagen beschäftigt.

Wieder eine feste Bleibe zu finden wird für Menschen mit geringem Einkommen immer schwieriger, beobachtet auch Maria Holzenthal. Die wenigen bezahlbaren Wohnungen seien oft in einem desolaten Zustand. Psychische Krankheit und Suchtprobleme seien unter den Klienten weit verbreitet, viele seien chronisch krank, sagt Maria Holzenthal. Die wenigsten hätten das Leben auf der Straße selbst gewählt. Das betont auch Marek Körner, Referent für Soziale Notlagen beim PARITÄTISCHEN Hessen. „Wohnungslose fallen aus biografischen Gründen aus dem Leben. Aber im hessischen Ausführungsgesetz ist noch immer von Nichtsesshaften die Rede. Das lässt an Treiber denken, die aus freien Stücken tingeln und an ihrer Lage selbst Schuld sind.“

Seit langem fordert der PARITÄTISCHE Hessen eine Modernisierung des Gesetzes, die schon bei der Begrifflichkeit anfangen müsste. „Aber das gelingt uns nicht. Wohnungslosigkeit ist nach wie vor tabuisiert und kaum wahrnehmbar.“

Info

■ Horizont e.V.
Groß-Umstädter Str. 16 - 64807 Dieburg
Tel.: 0 60 71 - 20 09 02
E-Mail: u.freitag@horizont-dieburg.org
www.horizont-dieburg.org

■ Sozialberatung Dreieich
Voltastraße 4 - 63303 Dreieich
Tel.: 0 61 03 - 693 29
E-Mail: sozialberatung@paritaet-projekte.org
www.paritaet-projekte.org

Absprachen, aber keine Vorgaben

Der Verein fab bietet in Kassel Unterstütztes Wohnen an

„Früher habe ich im Haushalt überhaupt nichts gemacht. Meine Mutter hat alles erledigt, und ich habe mich nur zurückgelehnt.“ Claudia B. grinst verschmitzt und wird dann ernst: „Aber ich weiß ja, dass meine Eltern auch nicht ewig sind. Und hätte ich mit dem selbstständigen Leben gewartet, bis sie nicht mehr für mich sorgen können, wäre es sicher zu spät gewesen.“ Sie wünschte sich auch mehr Privatsphäre, und so setzte sie sich mit Anfang 20 selbst ein Limit: „Spätestens mit 30 will ich alleine wohnen.“

Inzwischen ist Claudia B. 30 Jahre alt und hat ihr Ziel erreicht - mit Unterstützung des Vereins Förderung der Autonomie Behinderter (fab), einer Organisation, die in Kassel schon seit 20 Jahren Unterstütztes Wohnen anbietet. „Das darf man nicht mit Betreutem Wohnen verwechseln“, betont die Sozialarbeiterin Petra Diederich: „Wir entscheiden nichts für unsere Kunden. Wir motivieren sie nur.“ Vor ihrer Zeit bei fab hat sie im Betreuten Wohnen für psychisch Erkrankte gearbeitet. „Da ging es ganz klar darum, feste Strukturen vorzugeben. Im Unterstützten Wohnen gibt es dagegen keine Vorgaben, sondern nur Absprachen.“

Wenn Petra Diederich sich einmal pro Woche mit Claudia B. trifft, hilft sie ihr vor allem, die Post zu erledigen. „Ich habe Probleme, die Briefe und Anträge allein zu verstehen“, erklärt Claudia B., „aber es ist schon besser geworden.“ Auch bei Behörden-Besuchen ist ihr wohlher, wenn Petra Diederich dabei ist: „Ich habe sonst Angst, Quatsch zu reden und Fehler zu machen.“

Claudia B. nutzt einen Rollstuhl und braucht Hilfe beim Duschen und im Haushalt. Zwei Stunden persönliche Assistenz bekommt sie dafür täglich, ebenfalls über fab. Andere, die mit Unterstützung des Vereins in ihren eige-



Claudia B. (links) lebt selbständig und wird dabei von Petra Diederich unterstützt. Foto: Barbara Helfrich

nen vier Wänden leben, haben einen höheren Unterstützungsbedarf und benötigen auch 18 Stunden täglich oder rund um die Uhr Assistenz. 145 Kundinnen und Kunden werden beim fab vom Assistenzdienst unterstützt. 46 Kundinnen und Kunden hat fab derzeit im Unterstützten Wohnen. Einige haben zuvor in einem Wohnheim gelebt und in einer Werkstatt gleich nebenan gearbeitet. „Der Schritt in die eigene Wohnung ist dann sehr groß und erfordert viel Mut“, sagt Petra Diederich und berichtet von einer Kundin, die ihn vor acht Jahren dennoch wagte und schaffte. „Sie wollte nicht mehr nur mit behinderten Menschen zusammenleben und vielleicht auch einen Partner ohne Behinderung finden.“

Nach dem Willen des Landeswohlfahrtsverbands Hessen (LWV) sollen Wohnheime künftig die Ausnahme und selbstbestimmte Wohnformen die Regel sein. In seinem kürzlich veröffentlichten Leitbild Inklusion hat der überörtliche Sozialhilfeträger festgeschrieben, dass er „vorrangig differenzierte Wohnformen, das Wohnen in Pflegefamilien und das begleitete Wohnen in Familien“ fördert. „Dem gegenüber ist das unterstützte Wohnen in Wohnheimen nachrangig zu fördern. Kleine, dezentrale und in gute Infrastruktur eingebundene Wohneinheiten werden gegenüber dem Wohnen in zentralen Großeinrichtungen von den betroffenen Menschen in der Regel vorge-

zogen, weil sie bessere Entwicklungschancen bieten“, heißt es dort weiter.

Aus dem Elternhaus in ein Wohnheim zu wechseln, sei für sie nie infrage gekommen, sagt Claudia B. Mit 24 Jahren zog sie zunächst in eine Probe- und Übergangswohnung, die ebenfalls zu fab gehört. Diese Wohngemeinschaft ist für Menschen mit Behinderung gedacht, die in Umbruchs- und Orientierungsphasen sind, und der Aufenthalt ist zeitlich befristet.

Claudia B. blieb ein Jahr dort und lebt seitdem in ihrer Wohnung ganz am Rand der Kasseler Nordstadt. Doch dort möchte sie auf Dauer nicht bleiben. Denn der Weg zur Straßenbahnhaltestelle ist weit und hat einen steilen Berg, den sie nur mit Anstrengung schafft. Schon sehr lange suche sie vergeblich nach einer zentral gelegenen Wohnung, berichtet Claudia B. „Aber barrierefreie, bezahlbare Wohnungen sind leider absolute Mangelware.“

Info

Zentrum für selbstbestimmtes Leben (ZSL)
fab e. V. - Förderung der Autonomie Behinderter
Samuel-Beckett-Anlage 6 - 34119 Kassel
Tel.: 0561 - 728 85-0
E-Mail: info@fab-kassel.de
www.fab-kassel.de

Wünsche, Visionen, Wirklichkeit

Mitgliederversammlung als Open-Space-Konferenz

Weniger Auditorium sein und mehr selbst zu Wort kommen sollten die 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Mitgliederversammlung des PARITÄTISCHEN Hessen Ende November. Der offizielle Teil der Sitzung mit Abstimmungen über Geschäftsbericht und Wirtschaftsplan wurde gestrafft, um Raum zu lassen für die Open-Space-Konferenz ab der Mittagszeit.

Anliegen sei es, „die Zukunft vorauszu-denken“, sagte Dr. Wolfgang Werner, der Vorstandsvorsitzende des PARITÄTISCHEN Hessen, in seiner Eröffnungsrede. Gekommen waren Vertreterinnen und Vertreter von über 100 Mitgliedsorganisationen sowie geladene Gäste aus Politik und Verwaltung aus ganz Hessen, sowohl von Kommunen als auch von Landesebene. Die Themen waren nicht vorgegeben, sondern wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gesetzt. Entsprechend breit gefächert war das Spektrum in den elf Diskussionsrunden. „Ehrenamt und Professionalität“, „Wirtschaftlichkeit und öffentlichen Förderungen im Beratungsbereich“ und „Wo nehmen wir bezahlbaren Wohnraum her, insbesondere für benachteiligte Zielgruppen?“ lauteten nur drei der Titel.

Soziale Leistungen werden immer mehr von der privaten Wirtschaft finanziert oder gesponsort, die Daseinsvorsorge wird immer mehr zur kommerziellen Dienstleistung. Um diese Entwicklung ging es in einer der Diskussionsrunden. Dabei wurde die „wachsende Abhängigkeit von wohlwollendem Unternehmertum“ sehr kritisch gesehen. „Wie demokratisch ist das noch?“, fragte eine Teilnehmerin. Die Bereitschaft anzuerkennen, dass Eigentum verpflichtet, habe rapide abgenommen, stellte ein anderer fest, und die Forderung wurde laut, „Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen, indem sie angemessene Steuern zahlen“.

Gut besucht war eine Gruppe, die sich mit Lobby-Arbeit beschäftigte. Man müsse versuchen, den „neoliberalen Mainstream“ zu beeinflussen, sagte ein Teilnehmer. Beklagt wurde erneut „die



Dr. Wolfgang Werner, Vorstandsvorsitzender des PARITÄTISCHEN Hessen, eröffnet die Open-Space-Konferenz.

Foto: Barbara Helfrich

Privatisierung des Sozialen, die Organisationen und Hilfebedürftige zu Almosenempfängern macht“. Ein Vertreter einer PARITÄTISCHEN Mitgliedsorganisation sagte: „Wir müssen aufhören zu jammern, sondern deutlich machen, wie wichtig unsere Arbeit ist.“ Aber soziale Arbeit sei „kein marktgängiges Produkt, wie Autos oder Waschmaschinen“. Sie in Wettbewerbsverfahren auszuschreiben, könne nicht funktionieren: „Denn in der Beziehungsarbeit sind die Rahmenbedingungen nicht austauschbar.“ Ein Diskussionsteilnehmer lobt, der PARITÄTISCHE habe in der Armutsdebatte deutlich sein Profil gezeigt: „Wir müssen uns weiter selbstbewusst einmischen.“

In einer anderen Arbeitsgruppe wurde sehr kontrovers über die These diskutiert, dass zur Inklusion auch das Recht behinderter Menschen gehöre, sich zu exkludieren, die Möglichkeit also, „freiwillig in einer Subkultur, in einer Nische“ zu leben, wie sie Wohnheime und Werkstätten böten. Einig war man sich

dagegen darüber, dass Inklusion nur gelingen kann, wenn der gesamte Sozialraum einbezogen wird. „Wir müssen in den Stadtteilen arbeiten, um sie anzupassen an die Menschen, um die es geht“, forderte eine Diskussionsteilnehmerin: „Dafür fehlt aber das Geld.“ Mit Blick auf die berufliche Inklusion wurde gefordert, die Unternehmen zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen zu verpflichten: „Aber dazu ist die Politik zu feige.“ Die Moderatorin der Diskussionsrunde beklagte „eine deutliche Verschlechterung“ bei der Inklusion in der Kinder- und Jugendhilfe: „In Hessen werden derzeit gelungene Dinge zurückgefahren.“

In der Schlussrunde der Open-Space-Konferenz lobten die meisten die neue, offene Form, die der PARITÄTISCHE Hessen für seine Mitgliederversammlung 2013 gewählt hatte. „Es wurden Themen bewegt“, sagte eine Besucherin. Eine andere bedauerte: „Die Zeit war zu knapp. Wir hätten noch länger diskutieren können.“